



Entscheidungsfreiheit für Pflanzenproduktion mit oder ohne Gentechnik gewährleisten

Die Bundesregierung sollte den nationalen Gestaltungsspielraum nutzen, um den deutschen Landwirten das Nebeneinander von pflanzlicher Produktion mit und ohne Gentechnik zu ermöglichen. Dies fordert die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB). Hintergrund ist die Befürchtung, dass trotz der von der EU-Kommission veröffentlichten Leitlinien zur Koexistenz, die Bundesregierung ihre Ausgestaltung missbraucht, um die Gentechnik in Deutschland auszugrenzen.

„Die Landwirte in der EU arbeiten unter sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen und natürlichen Gegebenheiten. Was am effizientesten und kostenwirksamsten ist, hängt von den jeweiligen nationalen, regionalen oder örtlichen Bedingungen ab. Der Landwirt muss die Möglichkeit haben, für seinen Betrieb und seine Produktionsbedingungen selber zu entscheiden, welche vorgeschlagenen Anbaumaßnahmen effizient, kostenwirksam und praktikabel sind, um die gewünschten Produktqualitäten zu erzielen. Die Kommission hat mit Leitlinien – statt mit starren gesetzlichen Einheitsregelungen – dieser Situation mit der notwendigen Flexibilität Rechnung getragen. Leitlinien bieten den Landwirten die nötige Handlungsfreiheit, zugleich aber für die Anbaupraxis eine klare Orientierungslinie, die den regionalen Besonderheiten Rechnung trägt,“ so Dr. Ricardo Gent, Geschäftsführer der DIB.

Koexistenz bedeutet für Landwirte und Verbraucher gleichermaßen die Wahl zwischen herkömmlichen, ökologischen und gentechnisch veränderten Produkten, die den europäischen Etikettierungs- und Reinheitsvorschriften entsprechen. Koexistenz ist keine Frage der Sicherheit: alle gentechnisch veränderten Pflanzen, die in der EU angebaut werden dürfen, müssen zuvor als gesundheitlich und ökologisch unbedenklich zugelassen worden sein.

Geeignete Maßnahmen für Anbau, Ernte, Transport, Lagerung und Verarbeitung pflanzlicher landwirtschaftlicher Roherzeugnisse sind erforderlich, um die Möglichkeit einer zufälligen Vermischung von gentechnisch veränderten und nicht

veränderten Kulturen im technisch machbaren Umfang zu reduzieren. Ziel dieser Maßnahmen ist ein Nebeneinander von konventionellen, ökologisch erzeugten und gentechnisch veränderten Pflanzen, wobei unvermeidbare gegenseitige Einflüsse in realisierbarem und akzeptiertem Rahmen zu halten sind.

„Nun ist die Bundesregierung am Zuge“, unterstreicht Gent. „Sie muss Koexistenz-Maßnahmen entwickeln, die den jeweiligen regionalen Gegebenheiten Rechnung tragen, auf wissenschaftlicher Grundlage basieren und alle Interessengruppen einbeziehen.“ Die DIB bietet dafür ihre konstruktive Zusammenarbeit unter Einbringung ihrer Expertise an. Angemessene, verhältnismäßige Koexistenz-Maßnahmen sind möglich. Um zu realistischen Maßnahmen zu gelangen, müsse sich die Bundesregierung bei allen Beteiligten letztlich für kompromissfähige Vorschläge stark machen.

Die DIB ist die Biotechnologie-Vereinigung des Verbandes der Chemischen Industrie und seiner Fachverbände. Sie vertritt die Interessen von über 200 deutschen Biotech-Unternehmen.